

Pensionistenausweis

Von der **BVAEB** können RuhestandsbeamtInnen ohne Altersbeschränkung **kostenlos** einen sogenannten **Pensionistenausweis** beziehen.

Witwen oder Witwer (Versorgungsgenussempfänger/innen) können diesen ab dem 60. Lebensjahr bekommen.



Diese Ruhestandsbestätigung ist nicht übertragbar, dient in Verbindung mit einem Lichtbildausweis zur Vorlage an privaten oder öffentlichen Stellen als Pensionistenausweis. Grundsätzlich wird der Ausweis nur einmal versendet und ist unbefristet gültig.

**Anforderung: BVAEB Pensionservice,
Josefstädterstr. 80, 1080 Wien, Tel: 050405-15 Dw
e-Mail: pensionservice@bvaeb.sv.at**

2,5 MILLIARDEN REKORDVERLUST BEI PRIVAT-BETRIEBSPENSIONEN Privatpensionen bereits 2019 bis 16% gekürzt – neuerliche Kürzung droht!

Der von der AK berechnete Rekordverlust von unglaublichen 2,5 Milliarden Euro alleine im ersten (!) Quartal 2020 zeigt erneut, dass ein privatwirtschaftliches Pensionskassensystem nicht zur stabilen Absicherung der Altersvorsorge taugt.

Verluste tragen nur die Pensionist/innen

Das Spekulationsrisiko und daraus resultierende Verluste (im ersten Quartal dieses Jahres minus 10,1%!) tragen nur die Versicherten. Die Pensionskassen begleichen Spekulationsverluste nicht aus eigenem Vermögen, sondern aus dem Geld der Beitragszahler. Diese Finanzkonstruktion ermöglicht bei Verlusten sogar die Auszahlung von Dividenden - aus dem Geld der Beitragszahler.



59 Prozent Verlust in 12 Jahren!

Der Schutzverband der Pensionskassenberechtigten (PEKABE) hat in einer APA-Meldung vom 20.4.2020 die schockierende negative Entwicklung an einem Beispiel dargestellt:

⇒ **Anfangspension im Jahr 2000: 376,- Euro**

✗ **Im Jahr 2020: 154,- Euro = Minus 59 Prozent**

Die Pension wurde während dieser Jahre insgesamt zwölfmal gekürzt. Die erlittenen Verluste sind für die Pensionist/innen nie wieder aufholbar, stellt der PEKABE fest.

„Dieses gewaltige Minus hat uns wieder deutlich vor Augen geführt, dass nur das staatliche Pensionssystem einen wirksamen Schutz gegen Altersarmut bieten kann“, so AK-Präsident Hans Kalliauer. Er fordert einen gesetzlichen Schutz für die rund eine Million Privat- bzw. Betriebspensionsbezieher/innen.